

## TAGUNGEN

### Widerstand

Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Vom 28. Juni bis 1. Juli 1965 wurde im Dortmunder Fritz-Henssler-Haus über „Stand und Problematik der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus“ referiert und diskutiert. Studenten, Doktoranden, Archivare, Wissenschaftler und frühere Widerstandskämpfer aus dem In- und Ausland waren der Einladung des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung gefolgt.

Der folgende Bericht kann sich nicht mit dem Hinweis auf die verschiedenen Referate

begnügen, sondern wird auch die Diskussionen berücksichtigen, denen von der Tagungsleitung reichlich Zeit eingeräumt worden war, so daß das Thema von allen Seiten beleuchtet werden konnte.

Behandlung und Erforschung des Widerstandes werden durch materielle wie auch durch soziologische und sozialpsychologische Gegebenheiten erschwert. Die materiellen Schwierigkeiten ergeben sich aus der Art, der Verstreutheit und Unvollständigkeit der Unterlagen über den Widerstand, die in Ost und West vorhanden sind. Soziologische und sozialpsychologische Hindernisse resultieren einmal aus der relativen Unpopularität des Widerstandes im deutschen Volk, aber auch aus der unverhältnismäßigen Betonung des 20. Juli 1944 im Westen und des kommunistischen Widerstandes im Osten Deutschlands, wodurch auf beiden Seiten die Erforschung anderer Widerstandsgruppen vernachlässigt wurde.

Bereits zu Anfang der Tagung stellte sich die große Schwierigkeit heraus zu definieren, was als Widerstand von der Forschung behandelt werden solle, um sowohl einer unzulässigen Verengung als auch einer Ausweitung ins Uferlose vorzubeugen. Ein Referent (Dr. Zipfel, Friedrich-Meinecke-Institut, Berlin) bezeichnete als Widerstand jede Handlung, die geeignet gewesen sei, dem Totalitarismus in den Arm zu fallen, und das unter bewußter Inkaufnahme von Gefahr für Leib und Leben. So präzise dieser Begriff zu sein scheint, es wurde in der Diskussion doch sehr schnell deutlich, daß er für den Gruppenwiderstand kaum etwas hergibt. Hier war ein wichtiges Moment gerade die Verhinderung der Bedrohung von Leib und Leben der Gruppenmitglieder, so daß sich daraus Art und Taktik der Gruppen ergab. Das aktivistische Element dieses Begriffes ist auf den Gruppenwiderstand kaum anwendbar, weil es sich z. B. in den kurz nach der „Machtübernahme“ gegründeten sozialistischen Gruppen umgekehrt als notwendig erwies, die Mitglieder von „Taten“ zurückzuhalten (Dr. Walter Fabian, Köln).

Widerstand ist sich auch niemals gleich geblieben. Mit der Kenntnis des Nazismus nahm der Massenwiderstand der Sozialisten und Kommunisten ab. Ein allgemeingültiger Widerstandsbegriff sei deshalb kaum von Nutzen. Man müsse die Entwicklung betrachten, die gesellschaftlichen Verhältnisse, die einzelnen Gruppen. Der Widerstand von deutschnationalen, kommunistischen, sozialistischen Gruppen sei verschieden angelegt gewesen; Intellektuelle oder Arbeiter in Betrieben mußten eigene Arten des Widerstandes entwickeln usw. Es sei also notwendig, Widerstand dynamisch zu definieren (Dr. Fritz Opel, Frankfurt am Main).

Auch die Frage nach den Motiven des Widerstandes führte zu keiner eindeutigen

Definition. Es wurde gesagt, daß keine Gruppe, ob sie eng zusammenarbeitete oder nur in loser Verbindung stand, in ihren Motiven einheitlich gewesen sei. Selbst die als kommunistisch geltenden wie die von *Herbert* und *Marianne Baum* oder die sogenannte „Rote Kapelle“ (*Schulze-Boysen*) bestanden weder ausschließlich aus Kommunisten noch waren sie, wie den Mitgliedern später in den Prozessen vorgeworfen wurde, von Moskau gesteuert (*Renate Dörner*, Berlin; Dr. *Bober ach*, Koblenz).

Trotzdem darf der Aspekt der Gesinnung nicht unterschätzt werden. Eines der bedeutendsten Kampfinstrumente gegen den Nazismus, die *Wiener Library*, London, ist durch eine bestimmte Gesinnung ins Leben gerufen worden. „Für uns“, sagte *C. C. Aaronsfeld*, London, über den Gründer Dr. *Alfred Wiener* und seine Mitarbeiter, „war Widerstand jedes Zeichen der Abweichung vom Nazismus in Theorie und Praxis. Nazismus war gleich Inhumanität.“ Dennoch war gerade Dr. Wiener von der Unmöglichkeit des Widerstandes im Dritten Reich als Jude so überzeugt, daß er bereits 1933 Deutschland verließ, um die westliche Welt gegen den Nazismus zu mobilisieren.

Die Beschränkung des Terminus Widerstandskämpfer auf die in Deutschland Gebliebenen und die Behauptung, die Emigranten seien in Sicherheit und nicht gefährdet gewesen (Dr. *Plum*, Institut für Zeitgeschichte, München), ließ sich ebenfalls nicht halten. Die Verbindung der Emigranten mit den in Deutschland gebliebenen Widerstandskämpfern hat bis zum Krieg immer wieder funktioniert und die Gruppen im Inland gestärkt und informiert. Ferner sind viele Emigranten aus den besetzten Gebieten und von den Russen an die Gestapo ausgeliefert worden. *Theodor Lessing* wurde sogar im Ausland, in Karlsbad, von der SA ermordet. Auch der Widerstand in den inner- und außerdeutschen KZs und der jüdische Widerstand müssen jeweils anders erfaßt und definiert werden (Dr. *Fabian*; Dr. *Opel*; *C. C. Aaronsfeld*; *Luden Steinberg*, Centre de Documentation Juive Contemporaine).

Es ist auch legitim zu fragen, ob nicht auch die Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg als ein Teil des deutschen Widerstandes anzusehen ist, haben sich doch viele deutsche Emigranten an ihm beteiligt. Sie sind aus ihren Gastländern dorthin gegangen, um gegen die Nazis, vertreten durch die Legion Condor, zu kämpfen, was sie als Deutsche taten und nicht selten mit dem Ziel, zu beweisen, daß deutsch und nationalsozialistisch nicht dasselbe ist. Von Franco-Spanien, aber auch von Holland und von Vichy-Frankreich, wurden Widerstandskämpfer an die Nazis ausgeliefert (Dr. *Fabian*).

Aus dem bisher Angeführten ergibt sich schon, wie wichtig es ist, genaue Unterlagen über alle diese Ereignisse zu haben, denn je mehr Seiten und Arten des Widerstandes gegen den Nazismus historisch nachweisbar sind, desto eher kann die Forschung der Einengung und Verstellung durch ungenaue Begriffe entgehen. Dadurch, daß einige wichtige Archive und Institute Vertreter zur Tagung entsandt hatten, wurde ihr wichtigstes Ziel, das der Vorsitzende des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung, *Paul Sattler*, Dortmund, in seinen Begrüßungsworten nannte, nämlich die jungen Wissenschaftler zu einem Gedanken- und Erfahrungsaustausch zusammenzurufen, zu einem guten Teil erreicht. Die meisten der teilnehmenden Studenten, Doktoranden, Wissenschaftler arbeiten über ein Thema im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Das Wissen, wo sie Material für ihre Arbeiten finden können, ist für sie fast lebenswichtig. Neben den international bekannten Archiven und Dokumentationen der Wiener Library und des Centre Documentation Juive Contemporaine, deren Vertreter auf der Tagung über Aufgaben und Materialien ihrer Institute berichteten, existieren wichtige deutsche Archive.

Dr. *Boberach* informierte über das Bundesarchiv in Koblenz, das 1952 seine Arbeit aufnahm. Damals hätte es noch keine Bestände, sondern nur den Auftrag, die Akten der ehemaligen Zentralbehörden des Reiches und der örtlichen Behörden, soweit sie jetzt in der DDR liegen, ferner der Wehrmacht, der NSDAP, des Reichskriegsgerichts, des Heeresarchivs, der Gestapo, des SD usw. zu sammeln. Heute verfügt das Archiv über umfangreiche Bestände. Die föderalistische Struktur der Bundesrepublik bringt es mit sich, daß die Landes- und Kommunalarchive ebenfalls wichtige Materialien besitzen. Daneben existieren das Document Centre in Berlin und die Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Die Ausleihgewohnheiten sind sehr verschieden. Die Bestände des Bundesarchivs sind bis zum 8. Mai 1945 einsehbar, in anderen Archiven der öffentlichen Hand gibt es sehr viel strengere Sekretierungsvorschriften, die oft nur auf dem Klagewege zu lockern sind. Eine Zusammenarbeit all dieser Archive des Bundes, der Länder und der Gemeinden gibt es offiziell nicht, auch existiert keine Stelle, an der zu erfahren ist, wo welche Akten zu finden sind.

*Olaf Ihlau* vom Institut für wissenschaftliche Politik der Universität Marburg berichtete, daß es im dortigen Archiv vor allem 1500 Erlebnisberichte von Persönlichkeiten des deutschen sozialistischen Widerstands gäbe. Einen interessanten Hinweis gab Dr. *Cerny*, Prag, jetzt Gastdozent in Köln, für die Universität Prag. Dort seien 792 deutschsprachige oppositionelle Zeitungen und Zeitschriften der Jahre von 1933 bis 1939 vorhanden. Für den

Widerstand der Intellektuellen gegen den Hitlerfaschismus besitzt nach den Worten seines Leiters, Dr. *Walter Huder*, das Archiv der Akademie der Künste, Berlin, umfangreiches Quellenmaterial, vor allem in vierunddreißig künstlerischen Einzelnachlässen, so von *Alfred Kerr*, *Ödön von Horvath*, *George Grosz*, *Georg Kaiser* u. a.

Das sind selbstverständlich nicht alle Institutionen, die über Unterlagen des Widerstandes verfügen. Neben den bekannten Archiven und Institutionen gibt es auch in den Ostblockstaaten solche, die für westliche Forscher zugänglich sind. Allerdings gilt für die Alliierten allgemein, daß sie noch längst nicht alle ihre Bestände angegeben oder der Forschung zugänglich gemacht haben. Aus alledem ergibt sich, welchen Schwierigkeiten der Wissenschaftler bei der Materialbeschaffung begegnet, wenn er über eine Gruppe oder Persönlichkeit des Widerstandes schreiben will.

Wenn einesteils die Unpopularität des Widerstandes in Deutschland ein Hindernis seiner umfassenderen Kenntnis ist, führt andererseits diese Unkenntnis und das schlechte Gewissen, keinen Widerstand geleistet zu haben, dazu, daß die Widerstandskämpfer zu einer Elite emporstilisiert werden, der nachzueifern schier unmöglich ist, eine Tendenz, die in der Schulbuchliteratur zur politischen Bildung in der Bundesrepublik sichtbar wird. Widerstand wird aber auch zum Alibi degradiert, wofür *Globke* ein Beispiel ist, sowie die Apologien vieler Hochschullehrer und anderer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, was z. B. in der Kontroverse um die Wochenzeitung *Das Reich* erst kürzlich wieder deutlich wurde.

Ebenso negativ sind unzulässige Verallgemeinerungen zu werten. Da in den Kirchen Widerstand geleistet wurde, werden sie fälschlich mit Widerstand gleichgesetzt. Ähnliches gilt für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, in denen gewiß vielfach, aber doch nicht generell Widerstand geleistet wurde. Man darf auch nicht die Augen verschließen vor Fehlern, die schon vor und auch nach 1933 begangen wurden (*Eberhard Aleff*, Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, Berlin).

Will man dem deutschen Volk — das wurde auf dieser Tagung deutlich — den Widerstand gegen das Naziregime als positives Beispiel seiner Geschichte nahebringen, so bedarf es der Überwindung mannigfacher Hindernisse technischer und ideologischer Art, die nur durch die Zusammenarbeit aller derer abgebaut werden können, die sich mit seiner Erforschung befassen.<sup>1)</sup>

*Annemarie Zimmermann*

1) Anm. der Red.: Die Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn, Koblenzer Straße 54) wird ein Protokoll dieser wichtigen Tagung erstellen; es kann von Interessierten angefordert werden.

## Woche der Wissenschaft

Die Ruhrfestspiele in Recklinghausen waren niemals nur Theaterfestspiele, hatten auch nie etwa den Ehrgeiz, ein Salzburg des „kleinen Mannes“ zu werden. Von Anfang an waren sie auf ein größeres Ziel hin angelegt: Recklinghausen sollte und soll eine Stätte der Begegnung sein, eine Stätte der Diskussion und des Engagements. Der Dialog zwischen Kultur — im weitesten Sinne des Wortes — und der Arbeitnehmerschaft, das war und ist der Auftrag. So erscheint es denn durchaus folgerichtig, wenn in diesem Jahr erstmalig eine „Woche der Wissenschaft“ im Rahmen der Ruhrfestspiele stattfand. Bildung und Wissenschaft sind ja Kulturgüter ersten Ranges. Sicher ist auch, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die beiden Initiatoren dieser Tagung, sehr erheblich dazu beigetragen haben, die öffentliche Diskussion über den Bildungsrückstand in der Bundesrepublik um so fundierte Beiträge zu bereichern, daß diesem Anfang eine kontinuierliche Fortsetzung zu wünschen ist: Die „Woche der Wissenschaft“ sollte zum festen Bestandteil der Ruhrfestspiele werden!

Indes wohnt jedem Anfang nicht nur ein Zauber inne, der uns beschützt und der uns hilft, zu leben — wie es *Hermann Hesse* in seinem Gedicht „Stufen“ besingt — auch einige Anfangsschwierigkeiten dürfen gerechterweise nicht verschwiegen werden. Bei der „Woche der Wissenschaft“ waren das vor allem organisatorische Mängel, aber auch bei den Referaten haperte es hier und da.

Insgesamt allerdings konnten die Veranstalter sowohl mit dem Verlauf der Tagung als auch mit dem Echo in der Öffentlichkeit durchaus zufrieden sein. Dies gilt insbesondere für die beiden Höhepunkte der Woche, das Forumgespräch „Schule auf dem Weg zum Jahr 2000“, mit dem die Tagung eröffnet wurde, und für den „Tag der Schulreform“.

Gewiß, das einleitende Forumgespräch, an dem die Kultusminister *Mikat* (NRW), *Schütte* (Hessen) sowie der Berliner Schulsenator *Evers* teilnahmen und das *Eugen Kogon* leitete, wurde nicht ganz dem Thema gerecht. „Schule auf dem Weg zum Jahr 2000“, das schien den Teilnehmern wohl ein zu weit gestecktes Ziel zu sein. In stillschweigender Übereinkunft reduzierten sie die Jahreszahl um 30 und sprachen von der Schule der endsechziger Jahre. Professor *Mikat* insbesondere meinte, daß die laufenden Schulversuche darauf angelegt seien, bis 1968/69 so sichere Ergebnisse zu liefern, daß dann auf Grund dieser Erfahrungen Schule und Berufsschule zukunftsorientiert reformiert werden können. *Kogon* dazu etwas skeptisch: „Also noch in diesem Jahrzehnt. Ich hoffe, daß wir wirklich dazu kommen!“

*Kogons* Skepsis war nicht ganz unbegründet, denn was von den Kultusministern an Konzeptionen vorgetragen wurde, war letztlich mehr ein Doktern an Symptomen, die eigentliche Krankheitsursache — unser Drei-Klassen-Schulsystem — wurde ausgespart. Lediglich Schulsenator *Evers* sprach sich für ein mehr horizontales Schulsystem aus, das die Dreigliederung in Volks-, Mittel- und Oberschulen aufhebt. Auch warnte *Evers* davor, die Mittelpunktschulen auf dem Lande lediglich als Volksschulen aufzubauen, das könne sich möglicherweise als große Fehlinvestition erweisen. Der Berliner Schulsenator empfahl statt dessen, die Grundstufe der Schule in kleineren Bereichen zu belassen und die weiterführenden Schulen (ab 10. Lebensjahr) als Mittelpunktschulen auszubauen.

Ansonsten beschränkte man sich bei dem Forumgespräch darauf, Reformen vorzuschlagen, die das traditionelle Schulsystem wohl auflockern und durchlässiger machen, ihm aber im Prinzip die antiquierte Drei-Klassen-Struktur des 19. Jahrhunderts belassen. Förderstufen, mehr Möglichkeiten des Überwechselns von einem Schulsystem zu einem anderen, differenziertere Bildungsangebote, neue Wege zur Hochschulreife und eine stärkere Einbeziehung von gesellschafts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächern in den Unterricht sind gegenüber dem Status quo sicher ein großer Fortschritt und können die Bildungsmisere mildern, einen grundsätzlichen Wandel schaffen im Sinne der vom Grundgesetz gemeinten Chancengleichheit können sie nicht.

Das wurde auch unmißverständlich von Professor *Jakob Math* am „Tag der Schulreform“ ausgesprochen. In seinem Vortrag „Die Schule der neuen Gesellschaft“ holte er nach, was die Kultusminister am Eröffnungstage versäumt hatten, er zeichnete ein Bild der Schule auf dem Weg zum Jahr 2000.

Schon die Bestandsaufnahme, die der streitbare Professor der PH Kettwig gab, hatte es in sich. Wenn man das Demokratische als das Beherrschende unserer Zeit herausstelle, dann sei die Schulorganisation der Bundesrepublik ein reardierendes Moment. Sie stehe nämlich der demokratischen Gesellschaftsordnung entgegen, weil sie sich — entsprechend der Dreiklassenschichtung des Staates von gestern — aufgliedere in eine Schule des niederen Volkes, eine Schule des Mittelstandes und eine der gehobenen Schichten.

Es komme darauf an, sagte *Muth*, jedes einzelne Kind individuell zu fördern, das allgemeine Niveau zu heben und die noch vielfach anzutreffenden Milieusperren zu überwinden. Es sei zudem pädagogisch nicht zu rechtfertigen, daß die verschiedenen Schultypen auf einem unterschiedlichen Bildungsangebot für Gleichaltrige beharre. Begabung könne man nicht als eine Potenz auffassen, die mit in die

Wiege gelegt wird, sie entwickle sich nicht monologisch, sondern dialogisch. Nur im Lernprozeß selbst erschließe sich Begabung. Die Rangordnung in der Schulorganisation und die unterschiedliche Wertigkeit der Schultypen zeige sich auch in der Klassenfrequenz, der Zahl der Lehrerstunden und der unterschiedlichen Studiendauer der Lehrer. Muth plädierte für eine generelle Vereinheitlichung des Studiums aller Lehrer. Der Studiengang müsse für Fächer qualifizieren und nicht für Schultypen.

Sein detaillierter Vorschlag für die Schule der neuen Gesellschaft: drei horizontale Stufen; die Grundschule besuchen die Kinder bis einschließlich ihrem 10. Lebensjahr, die Mittelstufe bis zum 16. Lebensjahr, die Überstufe bis zum 20. Lebensjahr. Dabei brauche die Berufsausbildung nicht ausgeklammert zu werden, da sie ohnehin zur Vollzeitschule tendiere. Bei starker innerer Differenzierung innerhalb der Stufen, um möglichst viele Begabungen zu fördern, müsse stets das Gemeinsame betont werden. Erst diese Schule sei eine eigentliche Volksschule, meinte Professor Muth, da sie allen Schülern des Volkes gleichermaßen eine Chance gebe. Sie setze allerdings mehrzünftig aufgebaute Schulen voraus.

Der Professor aus Kettwig, der seinem Namen alle Ehre machte — er bewies Mut! — schloß: „Bei der Gesamtschulkonzeption, der horizontalen Gliederung, geht es darum, jedes einzelne Kind um seiner Menschenwürde willen bestmöglich zu fördern.“ Der starke Beifall der Zuhörer bewies, daß zumindest die GEW-Mitglieder eine derart aufgeschlossene Geisteshaltung sehr wohl zu würdigen wissen.

Auch Professor *Gottfried Hausmann*, Universität Hamburg, sprach sich am „Tag der Schulreform“ für große Gesamtschulen aus, denen als Ganztagschulen die Zukunft gehöre. Nicht in die Zukunft hinein müsse geplant werden, sondern von der Zukunft her, das sei prospektive Bildungsplanung. Die planende Vorausschau dürfe außerdem nicht lediglich von Pädagogen betrieben werden, es sollten sich viel mehr Expertenteams zusammensetzen, denen auch Soziologen, Techniker, Wirtschaftler u. a. angehören. In England und Frankreich sei das schon der Fall. Hausmann unterstrich die Notwendigkeit, den Unterricht durch Rationalisierung zu intensivieren, sich der technischen Medien stärker zu bedienen sowie Fernunterricht und Fernstudium mehr auszunutzen. Entlastung durch Verlagerung sei notwendig. Sein Resümee: Erfinderisch zu neuen Entwürfen kommen.

In dieser Beziehung allerdings ist für die Bundesrepublik Zuversicht kaum möglich. Schon Schulsenator Evers hatte dazu am ersten Tag der „Woche der Wissenschaft“ resignierend festgestellt, daß das Schlimme in Deutschland sei, die Furcht vor Experimenten, die Zugkraft

von Parolen wie „sicher ist sicher“, und daß Versuche bei uns von vornherein anrücklich erscheinen.

Wie dem auch sei, die „Woche der Wissenschaft“ war ein Versuch, Wege aufzuzeigen, die aus der Bildungsmisere hinausführen. Das Echo, das diese Veranstaltung fand, läßt uns hoffen. Nicht nur darauf, daß die „Woche der Wissenschaft“ jetzt Jahr für Jahr Bestandteil der Ruhrfestspiele in Recklinghausen sein wird, sondern auch darauf, daß von ihr Impulse ausgehen, die unsere Schulen, Hochschulen und die Berufsausbildung den Erfordernissen von heute und morgen näherbringen.

*Günther Heyder*

## Angestelltenkonferenz der IG Metall

Die durch die moderne Technik bedingten großen Veränderungen der Arbeitswelt und der Berufschancen erfordern von den Angestellten ein neues Verhältnis zur Gewerkschaft und von den Gewerkschaften eine neue Konzeption der Angestelltenpolitik. Diese Ansicht vertrat der Professor für Soziologie an der Universität Göttingen, Dr. *Hans Paul Bahrdt*, vor den Delegierten der 5. Angestelltenkonferenz der IG Metall, die vom 17. bis 19. Juni 1965 in Kassel stattfand. Es gäbe keine Möglichkeit mehr für eine abgesonderte Gewerkschaftspolitik für Angestellte mit spezieller mittelständiger Zielsetzung. Die Gewerkschaftspolitik müsse vielmehr „die sozialen Auswirkungen des technischen Fortschritts als einen Gesamtkomplex ansehen, der Arbeiter und Angestellte gemeinsam betrifft“.

Die umfassende Deutung, die dieser Gesamtkomplex verlange, müsse jedoch auf vielen Einzelanalysen aufbauen, aus denen sich eine große Vielfalt von Entwicklungen ergebe. Prof. Bahrdt ging es darum, deutlich zu machen, daß der technische Fortschritt auch bei den Angestellten zu einer Vielfalt höchst unterschiedlicher Arbeits- und Berufssituationen, daß er zu einer Aufspaltung in eine Vielzahl von Erlebniswelten mit unterschiedlichen Zukunftserwartungen führe. Der Angestelltenschaft drohe nicht die Gefahr einer Nivellierung. Vielmehr sei sowohl für die Angestellten als auch für die Arbeiter eine „ungeheure Differenzierung nach unterschiedlichen Leistungskriterien, die teils auf eine neue Hierarchisierung, teils auch nur auf Spezialisierung deuten“, kennzeichnend. Besonders bemerkenswert sei die Dynamik der neuen Differenzierung. Mit solchen traditionsbeladenen Begriffen wie „Arbeiter“, „Angestellter“, „Akademiker“ usw. lasse sich diese Entwicklung nicht mehr erfassen.

Aus der Vielfalt der Berufssituationen ergäben sich auch unterschiedliche, zum Teil sogar entgegengesetzte Interessen. So sei es gar

nicht zu vermeiden, daß einzelne Arbeitnehmergruppen an einer überstürzten technischen Entwicklung, die ihre Qualifikation entwertet und ihre soziale Stellung verschlechtert, nicht interessiert sein können, während anderen Gruppen der Fortschritt nicht schnell genug vor sich gehen könne. Diese Interessenunterschiede hätten aber bald nichts mehr mit der alten Gruppierung „Angestellte — Arbeiter“ zu tun. „Wer diese Gruppierung zum Organisationsprinzip macht“, stellte Prof. Bahrdt fest, „verfestigt nicht nur einen alten sozialen Gegensatz, der mit der heutigen Wirklichkeit nichts zu tun hat. Er verschleiert auch die unvermeidlichen Interessengegensätze von morgen.“

Die Gewerkschaftspolitik von morgen müsse einerseits umfassend genug, andererseits aber auch so differenziert und beweglich sein, daß sie der technischen Entwicklung auf den Fersen bleibe. Eine der wichtigsten neuen Aufgaben der Gewerkschaften sei es, unter Zuhilfenahme der Forschung die verwirrende Vielfalt der Entwicklungen in der Arbeitswelt übersichtlich zu machen und den verschiedenen Arbeitnehmergruppen realistische Zukunftsaspekte zu vermitteln. Denn für die Arbeitnehmer — ebenso wie für die jungen Menschen, die in das Arbeitsleben eintreten wollen — werde es immer schwieriger, die eigene Zukunft zu beurteilen und sich auf sie einzustellen. Als neue gewerkschaftliche Aufgaben — die neben die herkömmlichen Aufgaben etwa der Tarifpolitik treten — nannte Prof. Bahrdt außerdem die Bildungsarbeit der Gewerkschaften, die Einflußnahme auf die staatliche Bildungspolitik sowie die Mithilfe an der Formulierung neuer Berufsbilder und der Einführung neuer Laufbahnen.

Vorwiegend zukunftsorientiert war man auch in einer weiteren Arbeitsgruppe, in der über die „Auswirkungen der technischen Entwicklung auf die Arbeitsbedingungen der Angestellten“ gesprochen wurde. Dabei konnte an die Ergebnisse der Überhausener Automationstagung (siehe GM., H. 5/1965 S. 294 ff.) angeknüpft werden. Der Referent *Konrad Scholz* von der Vorstandsverwaltung der IG Metall analysierte die hervorstechendsten Auswirkungen der Rationalisierung und Hochmechanisierung des Büros und kam dabei zu folgendem Ergebnis:

1. Die Technisierung des Bereichs der kaufmännischen und der Verwaltungsangestellten zwingt diese Angestellten mehr und mehr dazu, sich auch technisch zu orientieren, und sie führt zu einer Zunahme des Anteils der technischen Angestellten.

2. Die Arbeitsvorgänge werden gestrafft und überschaubarer, wodurch, zusammen mit den modernen Techniken der Datenverarbeitung, die Voraussetzungen für die Konzentration und Zentralisierung großer Verwal-

tungskomplexe geschaffen werden. Eine solche Entwicklung hätte wiederum zur Folge, daß Angestellte in größerer Zahl freigesetzt werden, und daß die Entscheidungsfreiheit regionaler Führungsstellen weitgehend aufgehoben wird.

3. Die Angestellten werden einer bisher nicht gekannten Reglementierung ihrer Arbeit und Disziplinierung ihres Verhaltens unterworfen. Daraus ergibt sich eine starke Einschränkung, teilweise sogar eine Beseitigung des — insbesondere von qualifizierten Angestellten geschätzten — sachlichen und persönlichen Bewegungs- und Ermessensspielraums.

4. Der steigende Anspruch an Fach- und allgemeinen Kenntnissen führt zum Anwachsen der Angestelltengruppen mit Hochschul- und Fachschulausbildung. Während sich indessen „oben“, z. B. bei der Systemanalyse und der Erstellung von Programmen, „Intelligenztrusts“ mit hoher Qualifikation und wachsendem Einfluß bilden, muß die Masse der Angestellten nach vorgegebenen Programmen arbeiten, an deren Zustandekommen sie nicht beteiligt und deren Zusammenhänge ihr meist unbekannt sind. Diese „Polarisierung“ der Qualifikationen führt weitgehend zum Wegfall der bisherigen Mittelgruppen der Angestelltenschaft, deren Aufgaben entweder in der Erfassung und Verarbeitung betriebs- oder finanzwirtschaftlicher Daten oder in der Anleitung und Beaufsichtigung des mit solchen Arbeiten befaßten Personals lagen. Diese Aufgaben werden entweder von den technischen Anlagen übernommen oder durch die gestraffte Arbeitsorganisation ganz oder teilweise überflüssig.

5. Das Schrumpfen der Mittelgruppen führt dazu, daß die traditionelle Aufstiegsleiter der Angestellten nicht mehr tragfähig genug ist, um der Karriereerwartung eines großen Teils der Angestellten gerecht zu werden.

6. Während, die Ansprüche an Fachkönnen und Geschicklichkeit bei den „zuarbeitenden“ Angestellten, deren Zahl ständig steigen wird, erheblich abnehmen und die Erfahrung immer mehr an Wert verliert, steigen die Anforderungen an das Verantwortungsbewußtsein und die Belastungen durch die immer dichter werdende Konzentration des Arbeitsablaufs ganz erheblich.

7. Überhaupt werden langjährige Erfahrungen, die auch heute noch als besonderes Merkmal der Qualifikation gelten, immer mehr zur Belastung, denn sie behindern die Unbefangenheit in der Anwendung neuer Techniken. Da die Summe des Fachwissens in immer schnellerem Tempo wachse, geraten Angestellte, deren Ausbildung ein Jahrzehnt oder länger zurückliegt, in zunehmend ungünstigere Konkurrenzlagen gegenüber jüngeren, modern ausgebildeten Berufskollegen.

Für die Gewerkschaften ergibt sich aus dieser Entwicklung die Schlußfolgerung, darauf zu drängen, daß die Berufsbildungsmöglichkeiten erheblich verstärkt werden und daß ihre Forderung nach einem bezahlten Bildungsurlaub bald verwirklicht wird. Obwohl sich der Bildungsurlaub sicherlich produktivitätssteigernd auswirken würde, dürfte er sich freilich erst dann in größerem Umfang durchsetzen, wenn eine große Gewerkschaft wie die IG Metall zum „tarifpolitischen Schrittmacher“ wird. Die Delegierten forderten jedenfalls den Vorstand der IG Metall auf, die Bemühungen nicht nur um eine gesetzliche Regelung des Bildungsurlaubs, sondern mehr noch um eine tarifvertragliche Regelung zu verstärken. Damit schädliche Auswirkungen von Rationalisierungsmaßnahmen im Büro möglichst vermieden werden, müßten, so wurde weiter gefordert, diese Maßnahmen rechtzeitig und sorgfältig geplant und mit einer langfristigen, sozialen Personalpolitik verbunden sein. Die betroffenen Angestellten sollten rechtzeitig und offen informiert werden, und auf ältere und andere besonders schutzbedürftige Angestellte (z. B. Schwerbeschädigte) sei Rücksicht zu nehmen. Die rationalisierenden Unternehmen müßten außerdem verpflichtet werden, Ausbildungsprogramme einzurichten und laufend durchzuführen. Alle diese Maßnahmen dürften indessen von der Unternehmensleitung nur in offener Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat geplant und durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß die Umstellungsschwierigkeiten weit überwiegend psychologischer Art seien.

Auch in der tarifpolitischen Arbeitsgemeinschaft nahmen die Überlegungen, wie schädlichen Folgen der Bürorationalisierung begegnet werden kann, einen breiten Raum ein. Als ein Mittel, den sozialen Besitzstand der Angestellten zu sichern, wurde die Ausdehnung der Kündigungsfristen angesehen. Abfindungszahlungen bei unvermeidbaren Freisetzungen, betriebliche Umschulungsprogramme und die Weiterbeschäftigung an gleichwertigen Arbeitsplätzen sollten tariflich vereinbart werden. In dieser Arbeitsgemeinschaft konnte man davon ausgehen, daß sich die gemeinsame Tarifpolitik für Angestellte und Arbeiter bewährt hat. Dabei wurden, und werden Besonderheiten für Angestellte tariflich berücksichtigt. Eine solche wichtige Besonderheit sei es, die Gehaltsfindung an die ständigen, durch die Technik hervorgerufenen Strukturveränderungen anzupassen. Dabei könne nur die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit Grundlage für die Gehaltsfindung sein. Differenzierungen nach Lebens- oder Berufsjahren sowie Ortsklassenabschläge sollten beseitigt werden. Die Einführung der analytischen Arbeitsbewertung im Büro wurde nachdrücklich abgelehnt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz war die Sozialpolitik, wobei die entschiedene

Ablehnung der Sozialpolitik der Bundesregierung durch die Delegierten auffiel. In seinem Schlußwort stellte *Heini Dürrheck*, das für die Angestelltenpolitik zuständige Vorstandsmitglied, der künftigen Angestelltenarbeit der IG Metall u. a. die Aufgabe, die Zahl der Angestelltenmitglieder sobald wie möglich auf 200 000 zu erhöhen. Bedenkt man, daß heute bereits rund 175 000 Angestellte Mitglied in der IG Metall sind und daß sich ihre Zahl seit 1961 um rund 38 000 erhöht hat, dann dürfte es nicht allzu lange dauern, bis die 200 000 erreicht sind. *Günter Pehl*